2 | 19 April 2019

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

in wenigen Wochen werden auch in Deutschland die Mitglieder des Europaparlaments neu gewählt. Auch wenn Europa für viele Menschen sehr weit weg zu sein scheint, so haben die Entscheidungen der europäischen Institutionen doch sehr oft erhebliche Auswirkungen auch für die hessischen Landkreise. Wie Sie dem Leitartikel entnehmen können, fordert der Hessische Landkreistag deshalb zur Teilnahme an dieser wichtigen Wahl auf.

Mit dem ebenfalls aktuell sehr wichtigen Thema der Digitalisierung befasst sich ein weiterer Artikel.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr

Bernd Woide, Präsident

Landkreistag ruft zur Teilnahme an Europawahl auf

Am 26. Mai 2019 wählen die EU-Bürger ein neues Europäisches Parlament. Im Anschluss daran wird die Europäische Kommission neu besetzt. Europa steht aktuell mit Blick auf den Brexit, aber auch im Bereich von Migration, Sicherheit und Globalisierung vor zentralen Herausforderungen. Maßgeblich ist vor allem die Frage, wie die EU wieder näher an die Menschen gelangen und die gesellschaftliche Akzeptanz für Europa gefördert werden kann. Vor diesem Hintergrund ruft der Hessische Landkreistag nicht nur zur Beteiligung an der Wahl auf, sondern trägt die vom Deutschen Landkreistag vorgelegten europapolitischen Kernforderungen, die aktuelle Problemstellungen und Lösungsansätze aus kommunaler Perspektive aufzeigen, ausdrücklich mit. Der Forderungskatalog aller 294 Landkreise umfasst die maßgeblichen Handlungsfelder: von der verbesserten Gesetzgebung sowie der Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung, über die Europäische Asyl- und Migrationspolitik, die Regional- und Agrarförderpolitik 2021-2027, Beihilfenrecht und Fragen der Bankenregulierung bis hin zu Digitalisierung, Sozialpolitik und Umweltpolitik. Alles Themen, die von unmittelbarer Bedeutung für die Menschen auch in den hessischen Landkreisen sind.

Nur durch eine stärkere Einbindung der kommunalen Ebene kann die Zustimmung zu Europa gelingen und die Verankerung vor Ort gestärkt werden. Dies ist nach Einschätzung beider Verbände eine große Chance für EU-Parlament und Kommission. Der Hessische Landkreistag appelliert deshalb an Alle, der europäischen Idee weiterhin den Rücken zu stärken, sich an der Europawahl zu beteiligen und damit die Weichen für die kommenden Jahre mitzustellen.

Die Forderungen des Deutschen Landkreistages zur Europawahl 2019 sind unter: http://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/bd-139.pdf abrufbar.

AKTUELLE THEMEN SEITE 02
- Straßburg-Besuch: Austausch zu aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene
- Digitalisierung ist „Megathema“ für die Landkreise

KURZ NOTIERT SEITE 03
- Veterinärämter „stehen im Regen“
- Der Weg für den „Digitalpakt Schule“ ist frei
- Landtagspräsident Boris Rhein zu Gast bei der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden
- Fachtag „Das Kommunale Jobcenter – Ein Innovationsmotor der Verwaltung?“

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04
- Digitale Verwaltung muss Tempo aufnehmen
- Bund darf Kommunen bei Flüchtlingskosten nicht im Regen stehen lassen

PERSONALIEN / TERMINE SEITE 04

Straßburg-Besuch: Austausch zu aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene

Wenige Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 und mitten in den Debatten über den Brexit hat der Rechts- und Europaausschuss des Hessischen Landkreistages den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern europäischen Institutionen in Straßburg gesucht. Unterstützt durch die Hessische Landesvertretung in Brüssel und begleitet durch das Europabüro des Deutschen Landkreistages hatten die Ausschussmitglieder die Gelegenheit, sich am 25. und 26. März 2019 während einer Plenarwoche des Europäischen Parlaments mit wichtigen Ansprechpersonen vor Ort zu beraten.

Den Auftakt des ersten Tagungstages bildete der Austausch mit Herrn Andreas Kiefer, dem Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE). Dem folgte ein Gespräch mit Dr. Julian Nusser über die Arbeit und Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). In Anknüpfung hieran wurde mit Herrn Lars Sørensen, dem Direktor der Verwaltungsabteilung des Europäischen Parlaments das Thema Europawahl debattiert. Zum Abschluss erfolgte dann ein Besuch der Plenartagung des Europäischen Parlaments auf der Besuchertribüne.

Den Beginn des zweiten Tagungstags stellte ein Gespräch mit Frau MdEP Ingeborg Gräßle (EVP), der Vorsitzenden im Ausschuss für Haushaltskontrolle und Mitglied im Haushaltsausschuss, zur Haushaltsplanung dar. Dem schloss sich ein Gespräch mit Herrn MdEP Jo Leinen (S&D), Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen, zum Thema Brexit an. Mit beiden Abgeordneten wurde auch die tagesaktuelle Diskussion zum Urheberrecht im Internet erörtert. Zum Abschluss wurde das Gespräch mit Herrn MdEP Ismael Ertug (S&D), u.a. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tourismus, zu den Mobilitätspaketen 1 und 2 sowie den CO_2-Grenzwerten gesucht.

Den Mitgliedern des des Ausschusses des Hessischen Landkreistages ist es damit im Rahmen ihres Vor-Ort-Besuches in Straßburg einmal mehr gelungen, einen tiefgehenden Einblick in die aktuelle Entwicklung und Entscheidungsgänge auf europäischer Ebene zu erhalten.

Die Mitglieder des HLT-Rechts- und Europaausschusses im Europäischen Parlament in Straßburg

Digitalisierung ist „Megathema" für die Landkreise

Mit der Neugründung des „Ministeriums für Digitale Strategie und Entwicklung" hat das Land Hessen eine wichtige Entscheidung getroffen, um die vor dem Land und den Kommunen liegenden Herausforderungen, die sich aus der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der sehr knappen Umsetzungsfrist bis zum 31. Dezember 2022 ergeben, zu meistern. Mit dieser Entscheidung zur zentralen Steuerung, angebunden an die Staatskanzlei, ist die Hoffnung verbunden, dass parallele Entwicklungen vermieden und Ressourcen effektiv und wirtschaftlich gebündelt werden können. Denn eines ist sicher, die Aufgaben, die mit der Umsetzung des OZG auch auf die kommunale Familie zukommen, werden diese finanziell, organisatorisch und personell vor erhebliche Herausforderungen stellen. Nur in enger Zusammenarbeit des Landes, der kommunalen Ebene und Dienstleistern, wie z.B. ekom21 wird es möglich sein, eine erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten.

Dabei wird die gemeinsame Steuerung des Landes und der Kommunalen Spitzenverbände in Hessen wesentlich sein, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Nur so kann auch sichergestellt werden, dass nicht nur, wie es nach dem OZG erforderlich ist, der digitale Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Verwaltungsdienstleistungen gegeben sein wird, sondern, daran anschließend, auch das verwaltungsinterne Verfahren volldigitalisiert bis hin zur Bezahlung der Leistungen abgewickelt werden kann.

Damit gute Erfahrungen in die Umsetzung einfließen können und auch auf Landkreisebene parallele Entwicklungen vermieden werden, hat das Präsidium des Hessischen Landkreistages die Gründung eines Arbeitskreises Digitalisierung beschlossen, der insbesondere den fachlichen Austausch der Kreise untereinander unterstützen und die Koordinierung von Facharbeitskreisen übernehmen soll. Diese Facharbeitskreise dienen dabei dem fachlichen Austausch aller 21 Mitgliedskreise in den jeweiligen Fachverfahren und -anwendungen, da diese jeweils so speziell sind, dass Lösungen durch die Fachabteilungen begleitet werden müssen. Die konstituierende Sitzung ist für den 09. Mai 2019 vorgesehen.

Veterinärämter „stehen im Regen“

Das Umweltministerium lässt die Ämter für Veterinärwesen und Verbraucherschutz der Landkreise derzeit „im Regen stehen“, da in zwei Bereichen eindeutige Vorgaben fehlen. Verbraucher können seit wenigen Wochen auf einer privaten Online-Plattform mit wenigen Klicks einen automatisierten Antrag nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) stellen. Die Vielzahl der Anfragen belastet die Ämter so stark, dass für ihre eigentlichen Aufgaben kaum noch Zeit ist. Problem ist, dass mit dem Antrag ein rechtsförmiges Verwaltungsverfahren in Gang gesetzt wird, bei dem die Ämter nicht „mal schnell Auskünfte“ geben können, weil im gesetzlich vorgegebenen Verfahren auch Anhörungs- und Widerspruchsrechte betroffener Dritter zu wahren sind.

Bei „Tiertransporten ins Ausland“ folgt das HMUKLV einer falschen juristischen Einschätzung. Der Hessische Landkreistag bestätigt durch eine Reihe hessischer Verwaltungsgerichte ist anderer Auffassung, nämlich dass sich die zuständigen Amtstierärzte mit ihrer Amtshandlung „Abfertigung“ keiner „Beihilfe zu Verstößen gegen Tierschutzrecht“ strafbar machen. Die dennoch bestehende Unsicherheit der Amtstierärzte ist verständlich. In beiden Fällen können die Ämter nur durch eine eindeutige und juristisch korrekte Handlungsvorgabe der obersten Veterinärbehörde, nämlich des HMUKLV, entlastet und der gewünschte Schutz von Verbrauchern und Tieren sichergestellt werden.

Der Weg für den „Digitalpakt Schule“ ist frei

Der Bundesrat hat am 15. März 2019 mit seiner Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes den Weg für den „Digitalpakt Schule“ freigemacht. Der Bund wird sich auf dieser Grundlage befristet an den Kosten der digitalen Infrastruktur an Schulen beteiligen. Zur Umsetzung ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern erforderlich. Die Inhalte wurden zwischenzeitlich bekannt und sind den Kreisen per Rundschreiben zur Verfügung gestellt worden. Der Entwurf bedarf nun noch einer abschließenden Unterzeichnung durch die Länder. Im Anschluss soll in Hessen gemäß Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen zwischen Land und Schulträgern ein „Hessischer Digitalpakt Schule“ geschlossen werden. Entsprechende Inhalte werden ebenfalls durch den Koalitionsvertrag vorbestimmt.

Viele dieser Vorgaben sind aus Sicht des Hessischen Landkreistag sinnvoll. Sie decken sich mit den durch das Präsidium beschlossen Forderungen des Verbandes. Diese werden Maßstab für die kommenden Verhandlungen mit dem Land sein. Der Digitalpakt ist allerdings erst ein Beginn der weiteren Zusammenarbeit – folgen muss eine finanziell dauerhafte gemeinsame Sicherung der Investitionen durch Land und Schulträger.

Landtagspräsident Boris Rhein zu Gast bei der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden

Herr Boris Rhein, seit Beginn der neuen Legislaturperiode Präsident des Hessischen Landtages, war zu Gast bei der März-Sitzung der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden im Haus der kommunalen Selbstverwaltung. Er berichtete von aktuellen Entwicklungen und dem Sachstand im neugewählten Hessischen Landtag und betonte die besondere die Herausforderung des Vorsprungs von lediglich einer Stimme Mehrheit für die die Regierung tragenden Fraktionen. Darüber hinaus gab er seinen Eindruck der ersten vergangenen Parlamentswochen wieder.

In dem sich anschließenden Austausch sprachen die Damen und Herren Kreistagsvorsitzenden mit ihrem Gast über verschiedene Verfahrens- und Geschäftsordnungsfragen, die sich in den Vertretungsorganen der Landkreise und des Landes ergeben. Das von Landtagspräsident Rhein am Ende der Beratungen ausgesprochene Angebot einer Verstetigung des gemeinsamen Austausches nahm die Konferenz der Kreistagsvorsitzenden unter dem Vorsitz von Herrn Rüdiger Holschuh gerne an.

Fachtag „Das Kommunale Jobcenter – Ein Innovationsmotor der Verwaltung?“

Am 6. März 2019 veranstalteten der Hessische Landkreistag gemeinsam mit dem HStT und dem HMSI in Groß-Gerau einen Fachtag unter dem Motto „Das Kommunale Jobcenter – Ein Innovationsmotor der Verwaltung?“. Im Kreishaus konnten rund 60 Mitarbeitende aus den hessischen Kommunalen Jobcentern (KJC) und den Organisations- und Personalämtern der Landkreise und kreisfreien Städte begrüßt werden. Der Vormittag bot zwei interessante Inputs. Zum einen Frau Prof. Hensel von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin zum Thema „Service-Design und Kundenkommunikation in der Verwaltung“ sowie zum anderen Herr Lehmann von der Firma Ubisoft Blue Byte GmbH „Der Kunde im Zentrum“. Die Inputs wurden durch einen „innovativen“ Videobeitrag der Mitarbeitenden aus verschiedenen KJC aufgelockert. Am Nachmittag konnten in vier Fachforen die Themen Digitalstrategien, „Design Thinking“, Impulse für eine veränderungsfähige Organisation und Praxisbeispiele zur Umsetzung der digitalen Behörde vertieft werden. Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion, in der alle Dozenten mit ihren Themen eingebunden wurden.

Digitale Verwaltung muss Tempo aufnehmen

Die Digitalisierung der deutschen Verwaltung schreitet nicht so schnell voran wie erhofft. Der Deutsche Landkreistag hat sich deshalb dafür ausgesprochen, die Voraussetzungen für eine Verwaltungsdigitalisierung rascher zu schaffen. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Nach wie vor sind nicht alle Kernelemente des Portalverbundes geklärt, der künftig eine elektronische Verwaltung ermöglichen soll. Ohne einen solchen Rahmen für die IT-Architektur zwischen Bund, Ländern und Kommunen kann die Digitalisierung nicht wirklich Fahrt aufnehmen."

575 Verwaltungsleistungen sollen bis 2022 online zur Verfügung stehen. Nach Aussage des DLT-Präsidenten sei dies allein in Anbetracht der bislang abgelaufenen Zeit eine sehr ambitionierte Aufgabe.

Vor allem aber sei es bislang noch nicht gelungen, sich auf eine einheitliche Basisinfrastruktur für den Portalverbund zu einigen. Viele Kommunen bauen derzeit eigene Bürgerportale aus und integrieren diese in Zusammenarbeit mit den Ländern in die Länderportale. Notwendig sei aber mehr Standardisierung, damit Online-Anwendungen mit den bestehenden „dahinter liegenden" Verfahren auf kommunaler Ebene zusammen passen und man nicht überall das Rad neu erfunden werden müsse.

Um Bürger und Unternehmen zu entlasten, müsse es schließlich möglich werden, bei der öffentlichen Hand einmal vorhandene Daten flächendeckend zu nutzen. Der Bund sollte jetzt zügig die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für das ‚Once-Only'-Prinzip schaffen.

Bund darf Kommunen bei Flüchtlingskosten nicht im Regen stehen lassen

Der Deutsche Landkreistag hat den Bund anlässlich der aktuellen Haushaltsberatungen aufgefordert, seine finanzielle Beteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Kommunen auch über 2019 hinaus fortzusetzen. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Der Bund darf uns nicht im Regen stehen lassen. Vor allem die Unterbringungskosten sind eine Dauerbelastung für die Landkreise und kreisfreien Städte. Diese Dauerlasten engen uns finanziell erheblich ein."

Der Deutsche Landkreistag habe sowohl im Gespräch mit der Bundeskanzlerin im vergangenen Monat als auch mit verschiedenen Vertretern der Bundesregierung sehr deutlich gemacht, dass die flüchtlingsbedingten Wohnkosten, es geht um Kosten in Milliardenhöhe für die kommunalen Haushalte eine Dauerbelastung darstellen, für die eine Lösung gefunden werden müsse.

Die Geduldeten und Ausreisepflichtigen finden in den Überlegungen des Bundes keine Berücksichtigung. Sager dazu: „Schon, dass Personen mit Duldung und Ausreisepflichtige nicht berücksichtigt werden sollen, können wir nicht nachvollziehen. Nicht anerkannte Flüchtlinge verbleiben in sehr vielen Fällen in Deutschland. Die Kommunen haben sich daher auch um diese Menschen zu kümmern und sichern deren Existenz finanziell ab. Warum der Bund diesen Personenkreis ausblendet, ist unerklärlich."

PERSONALIEN

Neuer hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Limburg-Weilburg ist seit dem 16. März 2019 Herr Jörg Sauer (SPD).

Im Lahn-Dill-Kreis ist zum 01. Mai 2019 Herr Roland Esch (FWG) zum Ersten Kreisbeigeordneten gewählt worden.

TERMINE

- **Rechts- und Europaausschuss**
  Donnerstag, 23.05.2019, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Schul- und Kulturausschuss**
  Mittwoch, 05.06.2019, 16:00 Uhr, Landkreis Offenbach
- **Präsidium**
  Donnerstag, 06.06.2018, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
  Mittwoch bis Donnerstag, 12.06.- 13.06.2019, 16:00 Uhr, am Rande des Hessentages in Bad Hersfeld
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
  Dienstag, 18.06.2019, 10:00 Uhr, Gießen
- **Gesundheitsausschuss**
  Mittwoch, 19.06.2019, 10:00 Uhr, Korbach

Hessischer Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Matthias Drexelius (geschäftsführend)
Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION
Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer (Öffentlichkeitsarbeit und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

GESTALTUNG
Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS
Europäische Union (S.1)
Hessische Landesvertretung (S.2)
Hessischer Landkreistag (S.3)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.